Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-Altstadt, Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstraße 2 (Fernsprech-Sammelnummer 17259 • Postscheckkonto: Amt Dresden Nummer 18588, Emil Schlegel)

Organ der KPD.
Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostsachsen)

Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 (Fernsprecher: Amt Dresden Nummer 17259 • Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden • Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachmittags von 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Beilagen: Der Rote Stern • Die Kommunistin • Der Kom. Gewerkschafter • Der Kom. Genossenschafter • Wirtschaftl. Rundschau • Kunst und Wissen

2. Jahrg. | Bezugspreis für den Monat frei ins Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) • In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises • Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen | Dresden, Sonnabend, 16. Januar 1926 | Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile entsprechend an den bevorzugten Textstellen 1,25 RM. • Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition | Nr. 13

685 Millionen für den Bürgerkrieg

Erhöhung des Reichswehretats um 200 Millionen

Am Dienstag ist dem Reichstag der Etat des Reichswehrministeriums zugegangen. Der Etat weist, wie die sozialdemokratische Presse bereits gestern meldet, ungeheure Mehranforderungen gegenüber dem Etat von 1925 auf. Die Ausgaben, die für dieses Instrument des Bürgerkrieges, zur Niederhaltung der Klasse im Jahre 1924 [illegible] Millionen betrugen, haben sich um zirka 230 Millionen, die mehr gefordert werden, auf 685,8 Millionen gesteigert. Diese gewaltigen Mehranforderungen rechtfertigte [illegible] Reichsparteien verteidigte demokratische [illegible] Reichswehrminister Geßler vor allem mit Preissteigerungen für Materialausgaben und für die Anschaffung von Waffen und Munition. 40 Millionen sollen als erste Rate zum Bau von Torpedos und Kreuzern Verwendung finden. Da diese Summe jedoch bei weitem nicht ausreicht, um diese Flottenspielerei auszuführen, ist mit Sicherheit zu diesem Zweck als Nachforderungen zu einem [illegible] ungeheuren Mehrforderungen für den Etat 1926 zu rechnen dürften jedoch nicht, wie Geßler zu entschuldigen glaubt, in diesen Angaben ihre Begründung finden. Ein Blick in den neuen Reichswehretat zeigt, daß [illegible] Ausgaben, die mehr gemacht werden, auch [illegible] Zwecken dienen. Die geheimen Fonds des Reichswehrministers sind von jeher das Rätsel gewesen, die parlamentarische Kontrolle nicht zu lösen vermochte. Heute weiß kein Mensch im Reichstage, woher die Reichswehr bezahlt wurde, noch heute weiß niemand, ob es möglich ist, daß einzelne Dienststellen des Reichswehrministeriums Summen ausgeben, die in die Etatsansätze gehen, von denen Geßler angeblich nichts weiß, und die für die Finanzierung der militärischen Vorbereitungen herausgeworfen wurden. Wir konnten erst kürzlich berichten, wie den nationalen Verbänden in Ostpreußen 200 000 Mark zur Waffenbeschaffung zugeschoben worden sind. Das ist möglich, dadurch, daß die Ausgaben, die angeblich für Manöver und Uebungen der Armee gebraucht werden, systematisch geschickt im Etat verschleiert werden. Diese Posten betragen insgesamt rund 21 Millionen Mark. Stellt diesen Tatsache die Ziffer gegenüber, die aus dem [illegible] leicht errechnet werden kann und 4% Millionen [illegible] beträgt, dann wird jedem, auch dem Laien klar, daß das Reichswehrministerium die Mittel für die illegalen Organisationen und zur Finanzierung der konterrevolutionären Verbände nimmt.

Für die Manöverausgaben wurden 1914 für 835 000 Mann stehendes Heer 4,5 Millionen aufgewandt. Heute werden dafür für die Reichswehr mit 100 000 Mann 21 Millionen verwendet. Selbst bei Annahme einer [illegible] Geldentwertung bedeuten die Friedensausgaben immer nur 7, im allerhöchsten Falle 8 Millionen Mark, das heißt auf den Kopf des Heeres zirka 10 Mark. Heute kommen an Manövergeldern auf den Kopf des Hundertausend-Mann-Heeres 210 Mark. Das bedeutet eine Steigerung von 2100 Prozent der Manöverkosten seit dem letzten Friedensetat 1914.

Während die bisher schon ungeheuren Ausgaben für den Militäretat um weitere 200 Millionen erhöht werden sollen, werden die Ausgaben für soziale Zwecke weiterhin erheblich eingeschränkt. So wurden beispielsweise die Ausgaben für das Reichsarbeitsministerium, wie die sozialdemokratische Presse berichtet, von 495,3 Mill. auf 397,5 Mill. herabgesetzt.

Für Erwerbslose und Kurzarbeiter, für das Massenelend der breiten Schichten ist kein Geld vorhanden. Die vorhandenen Mittel werden benutzt, um das Instrument der Klassenherrschaft zur Niederhaltung des Proletariats auszubauen. Gegen diese Regierung gilt nur schärfster Kampf der geschlossenen Einheitsfront aller Arbeiter.

Geßler zurückgetreten

Berlin, 16. Januar. (Eig. Drahtbericht.) **Die Zusammensetzung des künftigen Kabinetts steht noch nicht fest. Demokraten und Volksparteiler liegen sich weiter in den Haaren über die Besetzung des Innenministeriums. Geßler hat seinen Rücktritt erklärt, ebenso Kanitz. Für den Posten des Reichswehrministers wird Admiral Brüninghaus genannt.**

Kaßbalgerei um die Ministerposten

Berlin, 16. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Regierungsschacher dauerte gestern noch an, da noch keinerlei Einigung in den Personenfragen erzielt ist. Die Hauptdifferenz besteht in der Forderung der Demokraten auf den Posten des Reichsinnenministers für den Abgeordneten Koch, während die Deutsche Volkspartei ebenfalls den Anspruch auf das Innenministerium erhebt und dafür den Abgeordneten Dr. Curtius vorschlägt. Die Demokraten lehnen auch Geßler als Reichswehrminister ab. Der Reichskanzler Luther wird das Reichswehrministerium eventuell selbst übernehmen. Dem Zentrum sollen die Posten des Justizministers (Marx), des Reichswirtschaftsministers und des Ernährungsministeriums (Warmbold) angeboten werden. Für das Wirtschaftsministerium wird Dr. Lammers vom rechten Flügel des Zentrums, ein Vertreter der Industriellenverbände, genannt. Für den zurücktretenden Reichsarbeitsminister Brauns soll der Demokrat Erkelenz von den Gelben Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften dieses Ministerium übernehmen. Für den Posten des Finanzministers wird der bisherige sächsische Finanzminister Reinhold genannt. Als Reichswirtschaftsminister soll auch der Deutsche Volksparteiler Becker-Hessen in Betracht kommen. — Zur demokratischen Forderung auf einen schwarz-rot-goldenen Reichsinnenminister schreibt die „Vossische Zeitung", daß ein solches Innenministerium nicht daran hindere, in dem kommenden Kabinett der Mitte mit der Deutschen Volkspartei (also der Partei der Schwerindustrie) gemeinsame Außenpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik zu machen.

Zeigner redivivus

R.R. Erich Zeigner, Sachsens Ministerpräsident aus dem Jahre 1923, will in die Politik wiederkehren. In Nummer 2 der „Weltbühne" des Jahres 1926 gibt Hans Bauer für Zeigner die Karte ab. Bauer verkündet, Zeigner geht nicht nach Brasilien, um Geige zu spielen, und auch nicht in die Industrie, Zeigner fühlt sich als Politiker und will Politiker bleiben. Das ist die stolze Ankündigung Bauers für Zeigner. Gefängnis und Mißachtung haben ihn nicht deprimiert. Er, Zeigner, wolle sich jetzt noch mit kluger Berechnung zurückhalten und eine sozialistische Auslandskorrespondenz gründen. In Deutschland will er wegen der Menge der Schwierigkeiten, die er in der eigenen Partei habe, noch nicht hervortreten. Erich Zeigner ist kein X-Beliebiger, seine Rückkehr in die Politik verdient sehr wohl von der gesamten Arbeiterschaft beachtet zu werden. Neunzehnhunderteinundzwanzig von der sächsischen Arbeiterschaft im Sturm und Drang revolutionärer Ereignisse auf einen Posten gehoben, an eine Stelle gesetzt, an der er mit Kühnheit und Mut der weltgeschichtlichen Entwicklung eine entscheidende Wendung zu geben vermochte, hat Erich Zeigner glänzend versagt. Damals blickten große Teile sozialdemokratischer Arbeiter mit Vertrauen auf Zeigner. Sie glaubten, dieser Mann, der den Kampf mit Geßler, der schwarzen Reichswehr und dem Parteivorstand von der Tribüne des Landtages aus aufnahm, werde diesen Kampf mit Entschlossenheit zu Ende führen. Damals wäre es für Zeigner ein leichtes gewesen, große Massen der sozialdemokratischen Arbeiter, nicht nur in Sachsen, sondern im gesamten Reiche, aus den Illusionen sozialdemokratischer Politik hinauszuführen. Den Gang der Entwicklung zu beschleunigen, große Massen von der Partei der Verräter, von Wels, Scheidemann und Bauer zu lösen, sie wenigstens auf die ersten Etappen des Klassenkampfes zu führen, wäre damals für Zeigner sehr wohl möglich gewesen. So groß war damals das Vertrauen breitester Massen zu diesem Manne. Aus dem Reich kamen zu Erich Zeigner die Vertreter der Opposition, ihn auffordernd, sich an die Spitze derselben zu stellen und sie von der Politik der SPD. fortzuführen. Ihm aber fehlte zu einem solchen Schritt alles. Sowohl der Mut wie auch die Einsicht in die Entwicklung. Sein „Kampf" entsprang nicht der einsichtigen Entschlossenheit des Revolutionärs. Schnell emporgehoben von der rapiden revolutionären Entwicklung, führte er seine Angriffe gegen Geßler aus Empörung über die unehrliche Haltung und seinen Kampf gegen den Parteivorstand aus denselben Gründen. Er sah, wie man auf beiden Seiten die Arbeiter und die Oeffentlichkeit betrog, aber er führte diesen Kampf nicht mit Konsequenz. Ueber Andeutungen ging er nicht hinaus. Zum letzten Schlage auszuholen fehlte ihm die innere Kraft. Mit den Kommunisten ging er nicht zusammen, um den Weg der Revolution zu beschreiten, sondern weil er glaubte, diese zu seiner Halbheit bekehren zu können. Hätte er damals begriffen, daß man kämpfen müsse, er hätte innerhalb der breitesten SPD.-Arbeiterschichten im Reich den Willen zum Kampf sehr wohl zu entfesseln vermocht. Pietät gegenüber der Partei der Verräter, kleinbürgerliche Furcht schreckten ihn von diesem Wege zurück. Er betrat nicht die Plattform des Revolutionärs, sondern bestenfalls die des Reformators. Seine Hauptsorge war, daß man ihm kein Schriftstück zur Unterschrift unterschieben möchte, in das die raffinierte Schlauheit der Beamten einen raffinierten Zug gebracht. So, anstatt breite Massen zum Kampf zu mobilisieren, ließ er die ungeheuren Energien der Massenbewegung unbenutzt, führte das Proletariat in jene furchtbare Niederlage, aus der es erst heute sich zu erholen beginnt, und stolperte selbst über die Weihnachtsgans. Vor Gericht gestellt, bekam Zeigner die ganze Wut, den ganzen Haß des geängstigten Bürgertums zu spüren und — benahm sich kläglich. Nun, im Feuer der Revolution, unter den Stockschlägen der Gegenrevolution wird mancher erst hart und fest geschmiedet. Käme Zeigner aus dem Gefängnis zurück, hart geschmiedet als Revolutionär — wir würden nicht die Hand gegen ihn erheben —, dann wäre seine Wiederkehr Gewinn für die Arbeiterschaft.

Aber — Erich Zeigner ist derselbe geblieben. Nicht daß er nochmals auf eine Gans hereinfallen würde, aber in seiner Politik. In manchen Dingen einsichtiger wie der „Ochsentrott sozialdemokratischer Führer", aber im Grunde immer noch bar jedes revolutionären Schwungs und jeder revolutionären Erkenntnis.

Noch immer sieht er den Weg des Sieges in dem klügeren Wirken sozialdemokratischer Minister. Noch immer die Gefahr nur darin, daß diese von den raffinierten Beamten „eingewickelt" werden. Wohl erklärt er, daß die „Genossen" der SPD., die in Versammlungen am radikalsten reden, am ehesten eingewickelt werden, daß der Berliner Parteivorstand den Boden des revolutionären Sozialismus immer mehr verlassen hat, doch gleichzeitig schließt er sich von Anfang der Partei, die die einzige sein wird, die das Proletariat zum Siege führen kann. Die Kommunisten, sagt Zeigner, sind unklar, wohl waren sie die Aufwiegler und Wachrüttler, wohl waren sie diejenigen, die man nicht einwickeln konnte — ein seltsamer Widerspruch

Volksentscheid gegen den Mietwucher und die Wohnungsnot

Berlin, 16. Januar. (Eig. Drahtbericht.) **Eine Reichseinheitsfront gegen den Mietwucher bildet sich. Ein von der kommunistischen Fraktion ausgearbeiteter Gesetzentwurf zur Verminderung des Mietwuchers und zur Beseitigung der Wohnungsnot ist in dreitägiger Verhandlung mit den Vertretern der Mieterorganisationen, der Bodenreformer, der Kleingartenvereine und der Reichsarbeitsgemeinschaft der Spar- und Hypothekengläubiger eingehend durchberaten und angenommen worden. Falls der Reichstag dem Gesetzentwurf nicht zustimmt, soll der Weg des Volksentscheides in dieser Aktion beschritten werden.**

Es wurde vereinbart, daß Sonntag, den 24. Januar, eine Besprechung über den nunmehr gemeinsam festgestellten Entwurf mit den Vertretern der großen Arbeiterorganisationen, Parteien, Gewerkschaften und Genossenschaften stattfinden soll. Die Mieterorganisationen werden an alle beteiligten und interessierten Organisationen ein besonderes Einladungsschreiben richten, in dem sie auf die Dringlichkeit der durchzuführenden Aktion hinweisen und ihre Uebereinstimmung mit den im Gesetzentwurf vorgelegten Projekten zum Ausdruck bringen.

Die Verbände waren sich durchaus einig, daß, falls der Reichstag dem Gesetzentwurf nicht zustimmt, auf dem Wege des Volksentscheides die Durchführung dieser Maßnahmen erzwungen werden muß.

Der jetzt gemeinsame Gesetzentwurf der Organisationen sieht vor:

1. eine Begrenzung der Wohnungs- und Gewerberäume-Mieten auf 85 Prozent der Friedensmiete für die Dauer von 15 Jahren;

2. aufwertungsrechtliche Gleichstellung des Eigentümerkapitals mit dem Hypothekenkapital;

3. die Eintragung einer Sicherheitshypothek zugunsten des Reiches in Höhe von 37,5 Prozent des Friedenswertes auf alle Grundstücke über 8000 Mark Friedenswert;

4. die sofortige Verzinsung der aufgewerteten Hypotheken und der Reichssicherheitshypothek mit 5 Prozent (die jetzige Regelung sieht nur 3 Prozent für 1926/27 vor);

5. die Verwendung des Zinsertrages dieser Reichssicherheitshypothek, die mindestens 1500 Millionen Mark im Jahre erbringen wird, zu zwei Zehnteln für den Unterhalt eines Rentenfonds für Inflationsgeschädigte, zu einem Zehntel für einen Mietbeihilfefonds für zahlungsunfähige und zahlungsschwache Mieter, zu sieben Zehnteln für einen Wohnungsneubaufonds zur Erstellung von kleinen und Mittelwohnungen durch Reich, Länder und Gemeinden;

6. die Einbeziehung aller Wohnungen, die seit dem 1. Juni 1918 gebaut wurden, unter die Bestimmungen des Gesetzes;

7. die Gewährung von billigen Instandsetzungsdarlehen zwecks rascher Wiederherstellung der verfallenen Wohnräume;

8. weitgehende Bestimmungen zur Erhaltung und Ergänzung der Mieterschutzgesetzgebung;

9. Vorschriften über die Beschaffung von Bauland, über Bebauungspläne und Anordnungen für Maßnahmen zur Verbilligung des Wohnungsbaues und besonders der Baustoffe;

10. Strafbestimmungen gegen Vermieter und Mieter, die höhere Mieten oder andere Sonderleistungen fordern oder zahlen.